

## Was die Strategie „Europa 2020“ für die österreichische Armutsbekämpfung bedeutet

Mag. Susanne Halmer, BA

### Ziel der Strategie „Europa 2020“

Die Europäische Union formulierte mit der Strategie „Europa 2020“ einen Plan *„für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum für die nächsten zehn Jahre.“*<sup>1</sup> Der Armutsbekämpfung wird dabei ein zentraler Stellenwert eingeräumt. So sollen bis zum Jahr 2020 20 Mio. Menschen in der Europäischen Union aus der Armut befreit werden. Die einzelnen Mitgliedstaaten sind angehalten, ihren nationalen Beitrag dazu zu leisten. Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der derzeit 1.051.000 Armutsgefährdeten um 235.000 Menschen zu reduzieren. Die Zielsetzungen der Armutsbekämpfung sind eng verwoben mit jenen im Bereich Bildung und Beschäftigung.<sup>2</sup> So will Österreich die Beschäftigungsquote auf 77 bis 78 Prozent erhöhen, den Anteil der SchulabbrecherInnen auf unter 9,5 Prozent halten und den Anteil der HochschulabsolventInnen (der 30 bis 34-jährigen) auf 38 Prozent erhöhen.

	Österreich		EU	
	Ziel 2020	aktuell (2011)	Ziel 2020	aktuell (2011)
Beschäftigungsquote	77-78%	75,2%	75%	68,5%
Anteil Schulabbrecher	unter 9,5%	8,3%	unter 10%	13,5%
Anteil Hochschulabsolventen	Erhöhung auf 38%	23,8%	Erhöhung auf mind. 40%	34,6%
von Armut betroffene Personen	-235.000	1.051.000	-20 Mio.	83.414.000

Tabelle 1: Ziele Strategie Europa 2020<sup>3</sup>

Mit der Strategie „Europa 2020“ hat die *„Europäische Kommission [...] den Kampf gegen die Armut ins Zentrum ihrer Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialagenda gerückt.“*<sup>4</sup> Doch was braucht es in Österreich, um bis 2020 das EU-Ziel tatsächlich zu erreichen und 235.000 Personen ein menschenwürdiges Leben ohne Armut zu ermöglichen?

<sup>1</sup> <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de>

<sup>2</sup> vgl. <http://www.bka.gv.at/site/4890/default.aspx>

<sup>3</sup> vgl. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdec420&plugin=1>;  
vgl. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdsc410&plugin=1>;  
vgl. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=t2020\\_41](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=t2020_41);  
vgl. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t2020\\_52&plugin=1](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t2020_52&plugin=1)

<sup>4</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt.: 1

**Armutslagen in Österreich**

In Österreich litten zuletzt (EU-SILC 2011<sup>5</sup>) 1.051.000 Menschen (13 Prozent der österreichischen Bevölkerung) an Einkommensmangel, waren somit „armutsgefährdet“. Sie verfügten über ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens. 431.000 Menschen davon litten an *finanzieller Deprivation*<sup>6</sup>, das bedeutet, sie sind manifest arm.

Einkommensmangel	620.000
manifeste Armut	431.000
<b>EU-ZIEL 2020</b>	<b>-235.000</b>

Wenn das EU-Ziel bis zum Jahr 2020 erreicht werden soll,

→ dann müssen in Österreich nach derzeitigem Stand (2011) innerhalb von 9 Jahren 235.000 Menschen, das sind 22 Prozent bzw. ein gutes Fünftel der Armutsgefährdeten, von Einkommensmangel befreit werden und die Zahl der Armutsgefährdeten auf etwa 816.000 Personen gesenkt werden.

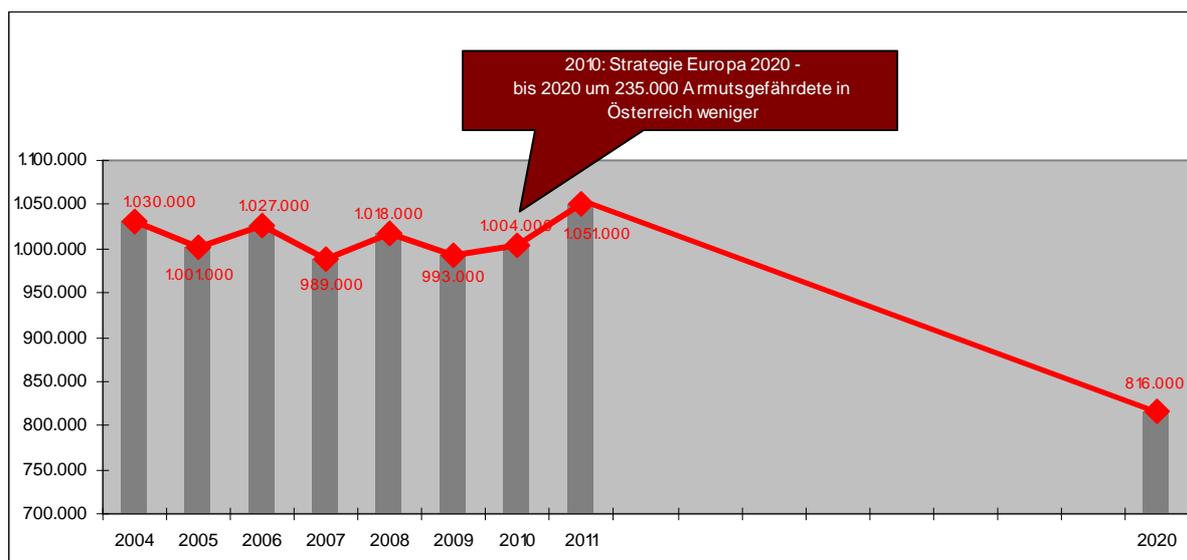


Abbildung 1: EU-Ziele der Armutsbekämpfung in Österreich

<sup>5</sup> die Zahlen aller weiteren Tabellen entstammen EU-SILC 2011

<sup>6</sup> Von finanzieller Deprivation wird gesprochen, wenn mindestens zwei der folgenden Merkmale gleichzeitig auftreten: Betroffene können es sich nicht leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten, unerwartete Ausgaben wie Reparaturen zu tätigen, abgetragene Kleidung zu ersetzen, regelmäßige Zahlungen (wie Miete oder Betriebskosten) zeitgerecht zu begleichen, notwendige Arztbesuche in Anspruch zu nehmen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen oder einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen. Finanzielle Deprivation bedeutet nicht automatisch ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwellen, aber beispielsweise eine hohe Belastung durch Lebenshaltungskosten.

## Einkommen und Arbeit

Der wichtigste Ansatzpunkt, um die finanzielle Situation dieser Menschen zu verändern, ist ihr Einkommen.

Einkommen weniger als 60% des Median	1.051.000
--------------------------------------	-----------

Um das Ziel der EU-Kommission zu erreichen, müssen also 235.000 Menschen, darunter auch PensionistInnen, in Österreich ein höheres Einkommen erlangen.

- Um die Einkommen dieser Personen auf (bzw. über) die Armutsgefährdungsschwelle anzuheben, müssten diesen Menschen aktuell rd. 450 Mio. Euro Einkommen pro Jahr mehr zur Verfügung stehen. Für die Befreiung aller 1.051.000 derzeit armutsgefährdeten Menschen wären 2 Mrd. Euro p.a. notwendig.
- Weiters müsste etwa die Mindestpensionen um 76,37 Euro monatlich für eine Person und um 114,07 Euro monatlich für einen 2-Personen-Haushalt erhöht werden.

Es muss vor allem bei der Erwerbstätigkeit angesetzt werden. Von den 1.051.000 armutsgefährdeten Menschen waren zuletzt (2011) 122.000 arbeitslos. Für sie braucht es Jobs mit einem Einkommen, das auch zum Leben ausreicht. Aber auch das Arbeitslosengeld müsste angehoben werden.

- Das durchschnittliche Arbeitslosengeld in Österreich betrug 2011 25,30 Euro pro Tag (das entsprach 759 Euro pro Monat). Damit es über die damalige Armutsgefährdungsgrenze (1.066 Euro pro Monat) steigt, hätte es durchschnittlich 35,50 Euro täglich betragen müssen, also um rd. 10 Euro pro Tag höher sein müssen.
- Für die Reduktion von Armut bedarf es auch einer Anhebung der Richtsätze der Mindestsicherung. Der Richtsatz für Alleinstehende und AlleinerzieherInnen lag 2012 mit 773,26 Euro (pro Monat, 12-mal jährlich) um 292,74 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2011 (1.066 Euro).
- Erwerbstätige sind seltener von Armut betroffen. Deswegen müssen mehr Menschen in Österreich in Beschäftigung gebracht werden. Das im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ festgelegte Ziel einer Erhöhung der Beschäftigungsquote von derzeit 75,2 Prozent auf 77 bis 78 Prozent ist erstrebenswert.

Ein Problem stellen auch Menschen dar, deren Erwerbseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. 149.000 Vollzeit-erwerbstätige und 74.000 Teilzeitbeschäftigte in Österreich waren 2011 davon betroffen.

- Diese „working poor“ in Österreich brauchen ein Einkommen, das zum Leben reicht. Dazu braucht es (auch) kollektivvertraglich gesicherte Einkommen für Männer und Frauen, die über der Armutsgefährdungsschwelle liegen.

## Ausbildung

Der formale Bildungsabschluss wirkt sich auf das Armutsgefährdungsrisiko der Menschen aus. Je niedriger der formale Bildungsabschluss, desto größer das Armutsrisiko. Rund 370.000 Personen mit maximal Pflichtschulabschluss sind in Österreich armutsgefährdet. 310.000 armutsgefährdete Menschen verfügen höchstens über einen Lehrabschluss.

max. Pflichtschule	369.000
Lehre/mittlere Schule	310.000
Matura	114.000
Universität	41.000

- **Bildungsferne Menschen müssen die Möglichkeit bekommen und dazu hingeführt werden (Stichwort: Ausbildungsverpflichtung), Bildungsabschlüsse nachzuholen und Qualifikationen zu erwerben, um am Arbeitsmarkt Chancen auf ein höheres Einkommen zu haben.**
- **Die Senkung der SchulabbrecherInnenquote ist ein politisches Ziel, das in der Strategie „Europa 2020“ auch formuliert wurde. Ebenso wie die Erhöhung der Hochschulabschlüsse. Die Zahl der AbsolventInnen (der 30 bis 34-jährigen) soll bis 2020 von derzeit 23,8 Prozent in nur 9 Jahren auf 38 Prozent erhöht werden.**

## Wohnen

EU-SILC zeigt, dass immer mehr Menschen in Österreich unter massiven Wohnproblemen leiden. Bei 1,6 Mio. Menschen in Österreich beträgt der Anteil der Wohnkosten am Einkommen über 25 Prozent. Weitere Probleme sind vor allem Lärm, Feuchtigkeit und Schimmel in der Wohnung sowie Kriminalität und Umweltverschmutzung im Wohnumfeld.

Lärm	1.587.000
Feuchtigkeit, Schimmel	1.130.000
Kriminalität	1.003.000
Luft-, Umweltverschmutzung	863.000
Überbelag	450.000
Kein Bad/WC	110.000
Dunkle Räume	494.000
Wohnkostenanteil >25%	1.617.000

Der Bedarf an leistbaren und qualitätsvollen Wohnungen ist somit in Österreich groß.

- **Für eine effektive Armutsbekämpfung muss die Zahl leistbarer Wohnungen erhöht werden oder die finanziellen Hilfen müssen verbessert werden.**

1,1 Mio. Menschen sind in Österreich in ihren Wohnungen von Feuchtigkeit und Schimmel betroffen, brauchen somit neuen oder sanierten Wohnraum. Fast eine halbe Million Menschen leben in Österreich in zu kleinen Wohnungen, haben Überbelag bzw. Bedarf nach mehr bzw. größerem Wohnraum.

- Es sind somit Milliardeninvestitionen in den Wohnungsneubau und die Wohnungsanierung notwendig, um die technischen Mängel zu beseitigen, aber auch in die Wohnbauförderung, damit Wohnen erschwinglich bleibt bzw. wird. Und es braucht auch wirksame Mietzinsbegrenzungen im privaten Wohnbereich.

### AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien

AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien zählen zu den am häufigsten durch Armut gefährdeten Gruppen. Insgesamt sind in Österreich rund 65.000 AlleinerzieherInnen-Haushalte sowie 192.000 Haushalte kinderreicher Familien von Armut betroffen.

AlleinerzieherInnen-Haushalte	65.000
Kinderreiche Familien	192.000

- Um die Situation der AlleinerzieherInnen und kinderreicher Familien zu verbessern, braucht Österreich eine ausreichende Anzahl an leistbaren Kinderbetreuungsplätzen für alle Altersstufen.
- Eine qualitativ gute Kinderbetreuung kann darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Förderung von Kindern, gerade aus armutsgefährdeten Haushalten, leisten und die Vererbung von Armut eindämmen.

Damit wird ein Grundstein gelegt, um insbesondere AlleinerzieherInnen und Frauen eine volle Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen bzw. ein zum Leben ausreichendes Einkommen zu erzielen.

- Der Gratiskindergarten ist bzw. wäre darüber hinaus eine erhebliche Entlastung für armutsgefährdete Familien mit Kindern, seine Abschaffung (wie in manchen Bundesländern) wirkt dem EU-Ziel der Beseitigung von Armut diametral entgegen.

### Kinder

Ein Viertel aller Armutsgefährdeten in Österreich sind Kinder und Jugendliche (bis 19 Jahre).

armutsgefährdete Kinder (bis 19 J.)	268.000
-------------------------------------	---------

Das Aufwachsen in Armut hat für Kinder weitreichende Konsequenzen, denn Armut wird vererbt. Um ihnen bessere Chancen im Leben zu ermöglichen,

- muss mehr als bisher in die Bildung von Kindern und Jugendlichen investiert werden.

Damit nicht jetzt schon eine neue „Generation Armut“ heranwächst.

### Indikatoren für materielle Deprivation

Die EU hat zur Messung der Armut in Europa nicht nur eine Einkommensschwelle festgelegt, sondern auch Indikatoren zur Messung *materieller Deprivation*.<sup>7</sup> Wer zumindest vier dieser Merkmale erfüllt, ist der Definition nach von Benachteiligung betroffen.

kann es sich nicht leisten...	
Urlaub zu machen	1.800.000
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch zu essen	602.000
abgetragene Kleidung ersetzen	492.000
die Wohnung angemessen warm zu halten	219.000
unerwartete Ausgaben zu tätigen	1.894.000
notwendige Arztbesuche	170.000
1x pro Monat Freunde einzuladen	872.000
ist mit Zahlungen im Rückstand	611.000

Im Jahr 2011 konnten es sich fast 1,9 Mio. Menschen in Österreich nicht leisten, unerwartete Ausgaben zu tätigen. Mehr als 600.000 hatten bereits Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten. Rund 220.000 Menschen konnten ihre Wohnung im Winter nicht angemessen warm halten usw..

➔ **Hier sind Maßnahmen wie die Heizkostenzuschüsse der Bundesländer oder Weiterentwicklungen wie die „Wiener Energieunterstützung“ wichtig. Auch die Mindestsicherung der Bundesländer sieht Unterstützungen für das Wohnen vor, diese müssen aber noch ausgebaut werden.**

<sup>7</sup> Für die Ziele der Europa 2020-Strategie wird materielle Deprivation bei Zustimmung zu mindestens vier von neun Aussagen über die Leistbarkeit von Gütern/Bedürfnissen für den Haushalt festgelegt. Der Haushalt kann sich nicht leisten:

- regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen)
- unerwartete Ausgaben bis zu 900€ zu finanzieren
- die Wohnung angemessen warm zu halten
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- einmal im Jahr eine Woche auf Urlaub zu fahren
- einen PKW
- eine Waschmaschine
- ein Farbfernsehgerät
- ein Telefon oder Handy

## Zusammenfassung

Um das EU-Ziel einer deutlichen Verringerung von Armut in Europa bis 2020 zu erreichen, muss in Österreich die Zahl der Armutsgefährdeten von derzeit 1.051.000 um 235.000 Personen auf 816.000 gesenkt werden.

Um die Einkommen dieser 235.000 Menschen über die Armutsgefährdungsschwelle zu heben, müssten diesen Menschen zusätzlich 450 Mio. Euro an jährlichem Einkommen zur Verfügung stehen.

Es müssten unter anderem die Mindestpensionen um 76,37 Euro pro Monat und das Arbeitslosengeld um etwa 10 Euro pro Tag erhöht werden. Ebenso müssten die Richtsätze der Mindestsicherung erhöht werden.

Weil Bildung ein Schlüssel zur Befreiung aus Armut ist, muss noch mehr Druck in Richtung verpflichtender Bildungsabschluss entwickelt sowie die Zahl der Hochschulabschlüsse deutlich erhöht werden.

Da Armut oft einhergeht mit schlechten und belastenden Wohnverhältnissen sind Milliardeninvestitionen in den geförderten Wohnungsneubau und die Wohnraumsanierung erforderlich, damit die Kosten erschwinglich bleiben. Ebenso sind Energiekostenunterstützungen auszubauen.

Es braucht mehr leistbare Ganztageskindergartenplätze um die Situation der AlleinerzieherInnen zu verbessern.